DEINE STIMME GEGEN ARMUT

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN e.V.

Großes Interesse, große Herausforderungen – Entwicklungspolitik in der öffentlichen Meinung und im Parlament

20

2015 im Gespräch

VENRO-Projekt »Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung«

Inhalt

Einführung – 3

Entwicklungspolitik in der öffentlichen Meinung – 4
Regierungen und Vereinte Nationen in der Verantwortung – 4
Wichtige Rolle der deutschen Bundesregierung – 5
Aktiv für Entwicklung – Die Bedeutung des eigenen Engagements – 6
Stärkung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit – 8
Auch wenn es etwas kostet: Entwicklungspolitische Maßnahmen sind wichtig – 9
Die Bekanntheit der Millenniumsentwicklungsziele – 10
Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit: »Deine Stimme gegen Armut« – 12
Zentrale Ergebnisse und Politikempfehlungen – 13

Entwicklungspolitik im Deutschen Bundestag – 14
Erweiterung der Zielgruppe: Ansprache auch außerhalb der Fachausschüsse – 14
Entwicklungspolitik im Wahlkreis – Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern – 15
Thematisch vielfältig: Die Wahrnehmung von VENRO – 17
Sehr bekannt: Die Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« – 19
Zentrale Ergebnisse und Politikempfehlungen – 19

Das VENRO-Projekt ›Perspektive 2015‹ – 21
VENRO-Mitglieder – 22

Einführung

Weltweit leben rund eine Milliarde Menschen in extremer Armut, täglich sterben Menschen an Unterernährung und ihren Folgen. Um diese Problemlagen anzugehen, verabschiedeten die Vereinten Nationen im Jahr 2000 die Millenniumserklärung, aus der wenig später acht zentrale Zielvorgaben abgeleitet wurden, die Millenniumsentwicklungsziele (MDG). Zwischen 2000 und 2015 wollen die Vereinten Nationen den Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, und den Anteil derer, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag und damit in extremer Armut leben müssen, im Vergleich zum Basisjahr 1990[1] um die Hälfte reduzieren.

Mit Blick auf die dringend notwendige Erreichung der MDG sind in den nächsten Jahren größere Anstrengungen in Deutschland nötig. 2010 wurde das Zwischenziel der EU-Mitgliedsstaaten, 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe auszugeben, von der deutschen Bundesregierung bereits verfehlt, bis zum Jahr 2015 ist ein stärkeres Bemühen erforderlich. Um die Zusagen umzusetzen, bedarf es zum einen der Unterstützung der Bevölkerung, zum anderen sind aber auch Anstrengungen auf parlamentarischer Ebene vonnöten. Nichtregierungsorganisationen (NRO) kommt dabei die wichtige Rolle zu, Aufklärungsarbeit über politische Prozesse zu leisten und den Druck auf die politische Ebene zu erhöhen. Oft sind die Zeitfenster bei politischen Entscheidungen eng, daher müssen konkrete und zielgerichtete Kampagnen und Lobbystrategien entwickelt werden, welche die richtigen Akteure adressieren.

Um mehr über das Verständnis von entwicklungspolitischen Zusammenhängen innerhalb der Bevölkerung zu erfahren, aber auch, um konkrete Ideen für die Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zu erhalten, hat der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) das Meinungsforschungsinstitut Emnid beauftragt, beide Akteure zu befragen. Im Zeitraum von 2007 bis 2011 wurden Umfragen innerhalb der deutschen Bevölkerung durchgeführt.[2] Im Jahr 2011 wurden zudem Mitglieder des Deutschen Bundestages befragt. Die Ergebnisse dieser Umfragen werden in der vorliegenden Publikation dargestellt. Sie richtet sich vorrangig an entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen. Sie soll darüber hinaus aber auch allen entwicklungspolitisch Interessierten als Inspirationsquelle für Handlungsoptionen und Betätigungsfelder zur Verfügung stehen.

Die Publikation ist in zwei Kapitel unterteilt:
Der erste Teil fasst die Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen zusammen, die Veränderungen im Bekanntheitsgrad der MDG und der Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« beschreiben. Darüber hinaus beschäftigen sich die Umfragen mit der Einstellung der Bevölkerung zu verschiedenen entwicklungspolitischen Schwerpunkten. Neben der Kenntnis der MDG und der Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« wurde nach der Bedeutung der deutschen Entwicklungspolitik, der Bedeutung des eigenen Engagements, der Bedeutung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und nach der Zustimmung zu konkreten Forderungen entwicklungspolitischer NRO gefragt.

Im zweiten Teil der Umfrage werden die Ergebnisse der Befragung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages (MdB) dargestellt. Die Abgeordneten wurden dabei zu ihrer Einstellung zur Entwicklungspolitik, ihrer täglichen Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema, zu ihren Kontakten mit NRO und im Speziellen zu VENRO befragt.

Beide Kapitel schließen mit den zentralen Ergebnissen und Politikempfehlungen.

1 United Nations (2000): United Nations Millennium Declaration.

2 Die Meinungsumfragen innerhalb der Bevölkerung wurden durch Telefoninterviews bei 1001 Haushalten in Deutschland durchgeführt. Die Umfragen fanden am 15. und 16. Mai 2007, am 25. und 26. September 2008, am 08. und 09. Juni 2010 und vom 27. Juni bis 22. Juli 2011 statt und setzten dabei unterschiedliche Schwerpunkte. In den jeweiligen Jahren wurden unterschiedliche Haushalte befragt.

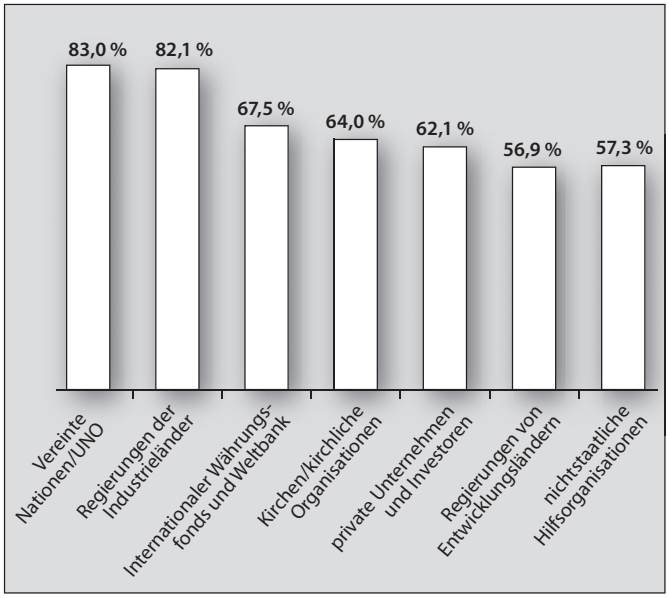
Entwicklungspolitik in der öffentlichen Meinung

Um die globalen Entwicklungsziele zu erreichen, ist eine breite Unterstützung von Seiten der Bevölkerung notwendig. Häufig wird Entwicklungspolitik allerdings als »weiches« Politikfeld bezeichnet, das gegenüber anderen Feldern weniger bedeutsam erscheint. Die repräsentativen Meinungsumfragen in der Bevölkerung, die Emnid im Auftrag von VENRO von 2007 bis 2011 durchgeführt hat, zeigen dagegen, dass das Thema breit in der Bevölkerung verankert ist.

Regierungen und Vereinte Nationen in der Verantwortung

Für die Ursachen von Armut und Hunger finden sich weltweit unterschiedliche Erklärungsansätze. Eine erste Umfrage aus dem Jahr 2007 versuchte daher zu ermitteln, welche Probleme von Entwicklungsländern nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger die dringlichsten bei der Bekämpfung von Armut sind. Am häufigsten werden von den Befragten unzureichende Bildungs- und Schulangebote und unzureichende medizinische Versorgung genannt, also konkrete Probleme in den Entwicklungsländern selbst. Als weitere Ursache werden Umweltverschmutzung und das Problem des Klimawandels genannt. Etwas weniger greifbar scheinen dagegen die eher globalen Zusammenhänge zu sein: Marktzugang, ungerechte Welthandelsstrukturen und Verschuldung werden aber trotz allem noch von etwa 80 Prozent der Befragten als Problem wahrgenommen.

Grafik 1: Welche der folgenden Organisationen sind Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, einen Beitrag zu leisten, um weltweit Armut, Hunger und Krankheiten wie Aids zu bekämpfen? (Mehrere Antwortmöglichkeiten gegeben)



Befragungszeitraum 15. bis 16. Mai 2007, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Tabelle 1: Dringlichste Probleme von Entwicklungsländern bei der Bekämpfung von Armut

	dringlich/sehr dringlich/ äußerst dringlich	weniger/nicht dringlich
1. Unzureichende medizinische Versorgung und Krankheiten wie Aids oder Malaria	97,1 Prozent	1,8 Prozent
2. Unzureichende Bildungs- und Schulangebote	97,0 Prozent	2,3 Prozent
3. Umweltverschmutzung und Naturkatastrophen durch Klimawandel	92,2 Prozent	7,0 Prozent
4. Mangelnde Entwicklungshilfe und ausländische Unterstützung	84,0 Prozent	12,1 Prozent
5. Zugang zu Welthandel und ungerechte Welthandelsstrukturen	81,7 Prozent	13,5 Prozent
6. Verschuldung	77,9 Prozent	18,5 Prozent

Befragungszeitraum 15. bis 16. Mai 2007, Rest: weiß nicht/keine Angabe

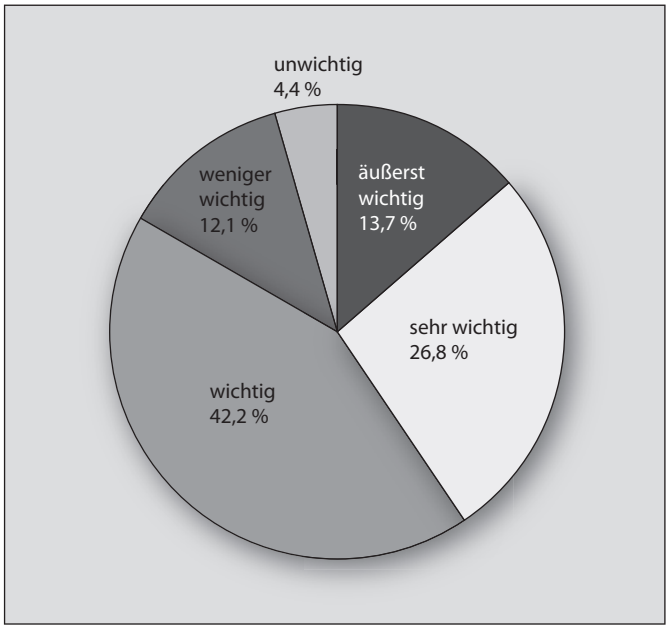
Die Erreichung der MDG und die Umsetzung konkreter Armutsbekämpfungsstrategien erfordern das Engagement verschiedener Seiten. Die meisten Befragten sehen die Vereinten Nationen und die Regierungen der Industrieländer dabei in der Verantwortung. Über 80 Prozent der Befragten glauben, dass diese die dringlichen Probleme in den Entwicklungsländern bewältigen können. Zwei Drittel der Befragten sind immerhin der Meinung, dass sowohl der Internationale Währungsfonds und die Weltbank als auch Kirchen, private Investoren und Unternehmen eine wichtige Rolle spielen können. Dagegen ist nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung, dass nichtstaatliche Hilfsorganisationen und die Regierungen von Entwicklungsländern am besten dazu in der Lage sind, Armut, Hunger und Krankheiten zu bekämpfen

Wichtige Rolle der deutschen Bundesregierung

Als Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und Regierung eines Industrielandes wird der deutschen Bundesregierung eine besondere Verantwortung für die Entwicklungspolitik zugeschrieben. Viele der Befragten wünschen sich ein aktives Engagement der deutschen Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungspolitik. 82,7 Prozent der Befragten halten den Einsatz Deutschlands in der Entwicklungshilfe mindestens für wichtig, weitere 70 Prozent der Befragten plädieren mit Blick auf die Einhaltung der versprochenen Erhöhung der Entwicklungshilfe für verbindliche finanzielle Zusagen von Seiten der Bundesregierung.

Gerade junge Leute erwarten ein deutliches Engagement von der deutschen Bundesregierung. 86,4 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 29 Jahren halten das entwicklungspolitische Engagement mindestens für wichtig, bei den Schülerinnen und Schülern sind es sogar 91,2 Prozent. Aber auch die höher Gebildeten fordern ein aktives Handeln ihrer Regierungen: Während nur rund 80 Prozent der Volksschülerinnen und -schüler[3] und Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss das entwicklungspolitische Engagement wichtig finden, liegt die Zahl bei den Abiturientinnen und Abiturienten und Hochschulabgängerinnen und -abgängern bei knapp 90 Prozent.

Grafik 2: »Deutschland leistet durch Entwicklungshilfe einen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Für wie wichtig halten Sie dieses Engagement Deutschlands für die Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern?«



Befragungszeitraum 8. bis 9. Juni 2010, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Drei wichtige Aspekte: Verbindliche Zusagen, Krankheitsbekämpfung und das Engagement in Afrika

Die Industriestaaten und damit auch Deutschland haben zugesagt, bis zum Jahr 2015 den Anteil ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent zu erhöhen. Das Zwischenziel von 0,51 Prozent für das Jahr 2010 wurde bereits verfehlt. Im Gegensatz zu anderen Regierungen hat es die deutsche Bundesregierung nicht geschafft, diese Zielmarke zu erreichen.[4] Die Einhaltung der Erhöhung der Entwicklungshilfe wird unter den Befragten als ein wichtiges Versprechen bewertet: Für

3 Der Begriff Volksschule umfasst eine Schulbildung bis zum Hauptschulabschluss.

4 United Nations (2010): The Millenium Development Goals Report 2010.

drei von vier Deutschen (72,4 Prozent) ist es wichtig oder sehr wichtig, dass Deutschland seine Zusage, die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen, auch einhält.

Diese Ergebnisse decken sich mit einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahr 2008, wonach 71,4 Prozent die Erhöhung der Quote bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent als mindestens wichtig einstufen. Eine besonders hohe Zustimmung zeigt sich bei den Schülerinnen und Schülern. 81,3 Prozent beurteilen die Verbindlichkeit der Zusagen als wichtig oder sehr wichtig.

Ein starkes Engagement Deutschlands wünschen sich viele der Befragten auch bei konkreten finanziellen Kampagnen, die Maßnahmen zur Krankheitsbekämpfung in Entwicklungsländern unterstützen. Bei einer Frage aus dem Jahr 2007, bei der es um die Beteiligung Deutschlands am »Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria« ging, geben drei Viertel der Befragten an, dass sie diese Beteiligung als wichtig erachten und eine noch stärkere Beteiligung Deutschlands als die zum Zeitpunkt der Umfrage zugesagten 123 Millionen US-Dollar befürworten würden.

Die Bedeutung von Entwicklungspolitik bei Wahlentscheidungen – Engagement bringt Wählerstimmen!

Die große Bedeutung entwicklungspolitischer Probleme wirkt sich auch auf die Wahlentscheidungen der Befragten aus. Das entwicklungspolitische Profil einer Partei spielt für drei von vier Befragten, und besonders für Frauen, eine wichtige Rolle bei der eigenen Wahlentscheidung. Etwa 85 Prozent der befragten Frauen stufen es als mindestens wichtig ein, im Vergleich zu einem Drittel aller Männer. Ältere Menschen und Menschen mit einfacher Schulbildung berücksichtigen Entwicklungspolitik bei ihrer Wahlentscheidung auch überdurchschnittlich häufig. Gerade im Vorfeld von Bundestagswahlen könnten NRO durch Informationen über die Wahlprogramme politischer Parteien im Entwicklungsbereich konkrete Aufklärung leisten und die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützen. Die Botschaft an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag ist klar: Entwicklungspolitisches Engagement bringt Wählerstimmen.

Über 90 Prozent der Befragten wünschen sich zudem ein starkes Engagement der Bundesregierung in Afrika: 90,3 Prozent halten das Engagement vor Ort für wichtig. Darunter sind 55,6 Prozent, die das Engagement in Afrika sogar für sehr oder äußerst wichtig halten. Nur jeder Zehnte hält das regionale Engagement dort für weniger wichtig oder gar für unwichtig.

Aktiv für Entwicklung – Die Bedeutung des eigenen Engagements

Viele Menschen in Deutschland sehen aber nicht nur die Bundesregierung in der Verantwortung, sich aktiv für Entwicklungspolitik einzusetzen. Sie sind auch durchaus bereit, einen eigenen Beitrag zur Verbesserung der Situation in Entwicklungsländern zu leisten. Eigenes Engagement wird von den Befragten nicht nur als wichtiger Beitrag zur Verbesserung globaler Probleme erachtet, viele der Befragten nehmen dafür sogar Einschränkungen in Kauf. Es sind aber vor allem die höher Gebildeten, die eher bereit sind, sich für entwicklungspolitische Belange zu engagieren.

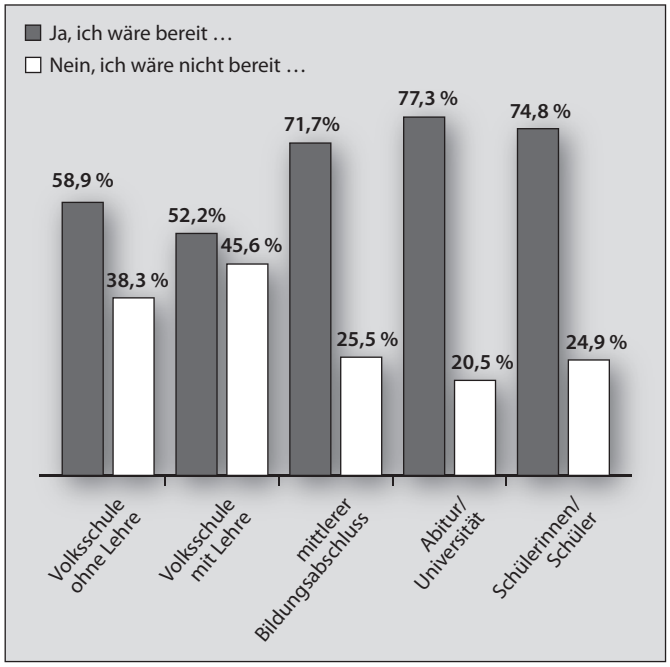
Tabelle 2: In welcher der folgenden Formen würden Sie sich engagieren, um einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme zu leisten?

»fair« gehandelte Produkte kaufen	82,5 Prozent
Produkte von Unternehmen kaufen, die sich für Umwelt und Soziales engagieren	82,5 Prozent
eine Partei wählen, die sich für Armutsbekämpfung einsetzt	68,5 Prozent
eine Hilfsorganisation mit einer Spende unterstützen	67,9 Prozent
einen Aufruf unterzeichnen	67,6 Prozent
an einer Demonstration teilnehmen	30,3 Prozent
an Politikerinnen oder Politiker schreiben	29,3 Prozent
mich in einer lokalen Gruppe engagieren	27,6 Prozent
keins davon/weiß nicht	4,7 Prozent

Befragungszeitraum: 25. bis 26. September 2008, Mehrfachnennung möglich

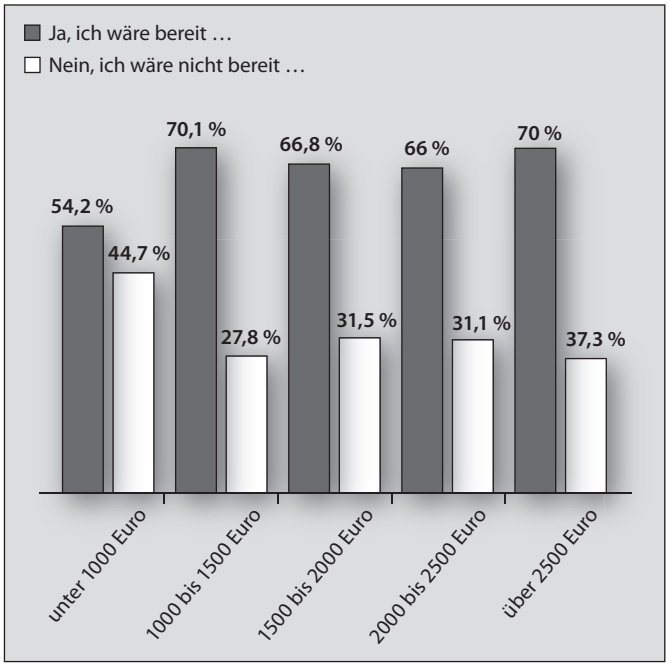
Insgesamt glauben 44,9 Prozent der Befragten, dass sie selbst einen Teil zur Lösung globaler Probleme beitragen können. Nach konkreten Formen des Engagements befragt, geben acht von zehn Personen an, dass sie durch den Kauf fair gehandelter Produkte oder durch die Unterstützung von

Grafik 3: Können Sie sich vorstellen, höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen, wenn dadurch Kleinbauern in Entwicklungsländern ein höheres Einkommen erwirtschaften und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden?



Befragungszeitraum 25. bis 26. September 2008, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Grafik 4: Können Sie sich vorstellen, höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen, wenn dadurch Kleinbauern in Entwicklungsländern ein höheres Einkommen erwirtschaften und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden?



Befragungszeitraum 25. bis 26. September 2008, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Unternehmen, die sich im Bereich nachhaltiger Entwicklung engagieren, in ihrem Alltag einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme leisten würden. Im Mittelfeld rangiert die Unterstützung von Parteien, Organisationen und Aufrufen. Erfreulich ist, dass sich ein Drittel der Befragten auch in einer lokalen Gruppe engagieren würde.

Diese Zahlen decken sich weitgehend mit einer ähnlichen Umfrage der Nichtregierungsorganisation OXFAM aus dem Jahr 2007, wonach 72 Prozent für den Kampf gegen Armut eine Petition an die Regierung unterschreiben, 53 Prozent eine Hilfsorganisation unterstützen und 30 Prozent an ihren Abgeordneten schreiben oder an einer Demonstration teilnehmen würden.[5] Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung hoch ist, sich aktiv in entwicklungspolitische Belange einzubringen. Entwicklungspolitische Initiativen und Organisationen sollten dieses Potential nutzen und attraktive Angebote machen, um mehr Mitglieder und Interessierte für ihre Arbeit zu gewinnen. Es bietet sich an, im Rahmen der Kampagne der Europäischen Union für das Jahr 2012 »The year of solidarity« weitere Aktionen zur Gewinnung von Mitgliedern für NRO in Deutschland durchzuführen. Für konkretere Aussagen über gezielte Kampagnen für gesellschaftliche Milieus oder Regionen müssten allerdings tiefer greifende Untersuchungen durchgeführt werden.

5 Oxfam 2007: Entwicklungspolitik in Deutschland.

Mehr Geld für Produzentinnen und Produzenten in Entwicklungsländern

Insgesamt geben 65,2 Prozent der Befragten an, dass sie selbst bereit wären, höhere Preise für Lebensmittel aus Entwicklungsländern zu zahlen, wenn dadurch Kleinbauern in Entwicklungsländern ein höheres Einkommen erhalten und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden würden. Hier zeigt sich ebenfalls: Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto eher sind sie bereit, höhere Preise für Lebensmittel zu zahlen.

Außer bei Niedrigeinkommensbeziehern mit einem Einkommen von unter 1000 Euro im Monat ist die Bereitschaft tendenziell hoch, für Lebensmittel aus Entwicklungsländern höhere Preise zu zahlen, wenn dies den Produzentinnen und Produzenten zugute käme. Fragt man nach dem Haushaltsnettoeinkommen, zeigt sich, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen Menschen mit eher geringem Einkommen und mit hohem Einkommen gibt. Lediglich die Gruppe mit einem Haushaltseinkommen von unter 1000 Euro ist weniger bereit, höhere Preise für Lebensmittel aus Entwicklungsländern zu zahlen. In dieser Gruppe gibt aber immerhin noch über die Hälfte aller Befragten an, dass sie mehr Geld auszugeben bereit wären, wenn dieses auch bei den Produzentinnen und Produzenten ankommen würde.

Diese Zahlen zeigen, dass das Potential unter den Konsumentinnen und Konsumenten sehr hoch ist. Hier ergeben sich für entwicklungspolitische Organisationen Möglichkeiten, stärker auf Missstände aufmerksam zu machen und mehr Transparenz in die verschiedenen Zertifizierungsverfahren zu bringen.

Stärkung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit kann einen großen Beitrag zum Wissen über globale Zusammenhänge und Abhängigkeiten leisten. Es befähigt Bürgerinnen und Bürger dazu, dieses Wissen lokal und im eigenen Leben umzusetzen – auch in Regionen, die nicht direkt von Unterentwicklung betroffen sind. In der Umfrage wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer daher nach der entwicklungspolitischen Bildung befragt, die sie während ihrer Schulzeit erhalten haben. Etwa 60 Prozent der Befragten geben dabei an, dass sie zu wenig oder gar nichts über entwicklungspolitische Zusammenhänge gelernt hätten. Über die Hälfte der Befragten ist zudem der Meinung, dass insgesamt zu wenig über Entwicklungspolitik gelehrt wird. Auch die gegenwärtigen Schülerinnen und Schüler sind der Meinung, dass sie zu wenig über Entwicklungspolitik lernen: Von den zum Zeitpunkt der Befragung (2008) sich in einer schulischen Ausbildung befindlichen jungen Menschen gaben 38,3 Prozent an, in ihrer Schule wenig oder gar nichts über entwicklungspolitische Zusammenhänge gelernt zu haben.

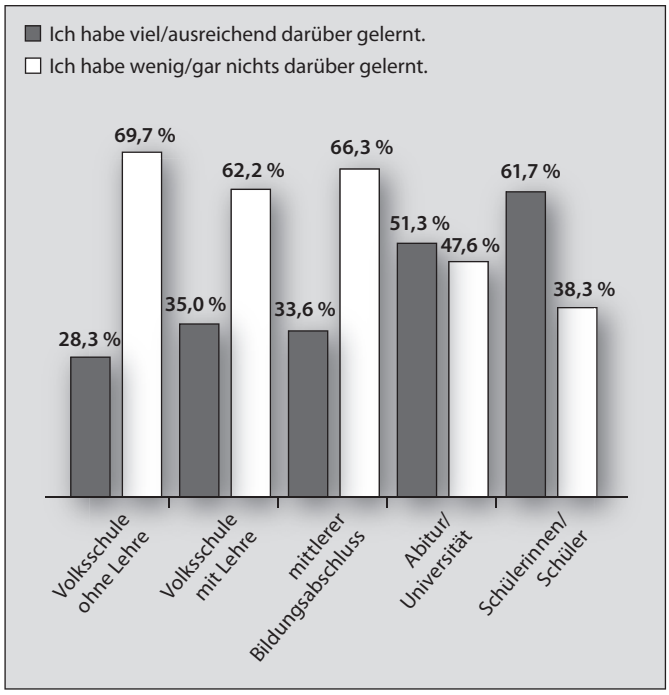
Besonders gering scheint die entwicklungspolitische Bildung bei den Befragten mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss zu sein. Im Vergleich zu den Befragten mit Abitur oder Universitätsabschluss und zu den Schülerinnen und Schülern geben sie häufiger an, in der Schulzeit

Tabelle 3: »Entwicklungspolitische Bildungsarbeit nach Regionen«

Gebiet	Ich habe viel/ausreichend etwas darüber gelernt.	Ich habe zu wenig/ gar nichts darüber gelernt.
Schleswig-Holstein/Hamburg/Niedersachsen/Bremen (Nielsen I)	34,2 Prozent	64,1 Prozent
Nordrhein-Westfalen (Nielsen II)	35,7 Prozent	63,3 Prozent
Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland (Nielsen IIIa)	32,4 Prozent	64,0 Prozent
Baden-Württemberg (Nielsen IIIb)	43,0 Prozent	56,7 Prozent
Bayern (Nielsen IV)	**24,9 Prozent**	**74,5 Prozent**
Berlin-West (Va) und Berlin-Ost (Vb)	48,9 Prozent	50,7 Prozent
Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Sachsen-Anhalt (Nielsen VI)	59,0 Prozent	40,7 Prozent
Sachsen/Thüringen (Nielsen VII)	54,7 Prozent	42,7 Prozent

Befragungszeitraum 25. bis 26. September 2008, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Grafik 5: Schulformen der Befragten, Frage: »Wenn Sie an Ihre eigene Schulzeit denken: Was haben Sie dort über die Situation der Entwicklungsländer und die Zusammenhänge zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gelernt?«



Befragungszeitraum 25. bis 26. September 2008, Rest: weiß nicht/keine Angabe

wenig oder gar nicht mit Entwicklungspolitik in Berührung gekommen zu sein. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Haupt- und Realschulen grundsätzlich verstärkt werden müsste.

Deutlich unterscheiden sich dabei die Aussagen der Ost- und Westdeutschen: Während etwa 44,2 Prozent der Ostdeutschen angeben, zu wenig oder gar nichts über Entwicklungspolitik gelernt zu haben, sind es sogar 63,8 Prozent der Westdeutschen. Ein Blick auf die unterschiedlichen Regionen bestätigt die vorherigen Aussagen, dass vor allem die Befragten aus den ostdeutschen Gebieten sich als ausreichend über entwicklungspolitische Zusammenhänge während ihrer Schulzeit informiert sehen. In den westdeutschen Regionen geben etwa zwei Drittel an, nur wenig oder gar nichts über entwicklungspolitische Zusammenhänge gelernt zu haben, in Bayern sind es sogar drei Viertel der Befragten. Lediglich Baden-Württemberg liegt hier mit 56,7 Prozent etwas unter dem Durchschnitt.

Auch wenn es etwas kostet: Entwicklungspolitische Maßnahmen sind wichtig

In der Entwicklungspolitik gibt es verschiedene Vorschläge, die darauf abzielen, globale Probleme stärker in den Griff zu bekommen. Viele Ideen sind kostspielig und schwer umzusetzen, häufig mangelt es aber auch an der Umsetzungsbereitschaft politischer Akteure. Es ist daher umso erfreulicher, dass es für viele Vorschläge von Nichtregierungsorganisationen eine erstaunlich hohe Zustimmung innerhalb der Bevölkerung gibt. Untersucht wurden Forderungen nach konkreten finanzpolitischen Instrumenten, wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder einer Kerosin-Steuer, aber auch danach, den Patentschutz bei Aids-Medikamenten zu lockern. Die Maßnahmen finden unter den Befragten größtenteils Zustimmung, selbst dann, wenn sie mit eigenen Einschränkungen verbunden wären.

Finanztransaktionssteuer

Die Idee einer Finanztransaktionssteuer sieht vor, dass Steuern auf weltweite Finanztransaktionen erhoben werden. Die so gewonnenen Gelder sollen zur Bekämpfung der Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise genutzt und auch für die Entwicklungshilfe eingesetzt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage aus dem Jahr 2010 wurden gefragt, ob sie einen Steuersatz auf Käufe und Verkäufe am Finanzmarkt im Rahmen von 0,05 Prozent unterstützen würden.

Insgesamt würde die Mehrheit der Befragten die Einführung einer derartigen Steuer befürworten (69,2 Prozent). Besonders hohe Zustimmungswerte zur Finanztransaktionssteuer finden sich bei den Abiturientinnen und Abiturienten, bei Studierenden und bei Universitätsabsolventinnen und -absolventen: 78,3 Prozent aus dieser Gruppe befürworten die Einführung und beurteilen sie als sinnvoll, sehr sinnvoll oder äußerst sinnvoll, wohingegen sich in der Gruppe der Schülerinnen und Schüler deutlich geringere Zustimmungswerte finden. Auch bei Menschen mit Volksschulabschluss oder mittlerem Bildungsabschluss sind geringere Zustimmungswerte festzustellen. Diese Dis-

krepanz mit Blick auf die Schulbildung bestärkt den Eindruck, dass die entwicklungspolitische Bildungsarbeit nicht nur grundsätzlich, sondern vor allem an Volks- und Realschulen verbessert werden müsste.

Tabelle 4: Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Schulbildung	sinnvoll/sehr/ äußerst sinnvoll	weniger/ nicht sinnvoll
Volksschule ohne Lehre	66,1 Prozent	28,2 Prozent
Volksschule mit Lehre	67,9 Prozent	27,7 Prozent
mittlerer Bildungsabschluss	67,0 Prozent	27,8 Prozent
Abitur/Universität	**78,3 Prozent**	19,4 Prozent
Schülerinnen/Schüler	62,3 Prozent	**36,0 Prozent**

Befragungszeitraum 08. bis 09. Juni 2010, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Patentschutz bei Aids-Medikamenten

Sehr hoch fällt die Zustimmung der Befragten dazu aus, den Patentschutz für Aids-Medikamente zu lockern oder ganz aufzuheben. Insgesamt stimmten 81,2 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Aids-Medikamente für Menschen in Entwicklungsländern bezahlbar sein müssten, nur 15,9 Prozent geben an, dass die Patente der Pharmaindustrie geschützt werden müssten. Die Zustimmung liegt bei den Befragten im Westen höher (82,4 Prozent) als bei den Befragten im Osten (76,3 Prozent). Auch bei dieser Frage zeigt sich die Bedeutung des Bildungsstands. Die höchsten Zustimmungswerte gibt es bei den Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss, bei der Gruppe der Abiturientinnen und Abiturienten sowie bei Menschen mit Universitätsabschluss. Niedriger fällt die Zustimmung bei den Schülerinnen und Schülern und bei den Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss aus. 8,2 Prozent der Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss geben sogar »weiß nicht« an. Hier zeigt sich, dass weitere Aufklärung mit Blick auf die Bedeutung von Patenten für die Aids-Medikation nötig ist.

Bewertung des Einsatzes einer Kerosin-Steuer oder Flugticket-Abgabe für die Entwicklungshilfe

Auf europäischer Ebene wird seit geraumer Zeit über die Einführung einer Kerosin-Steuer oder einer Flugticket-Abgabe diskutiert. Zwei Drittel aller Befragten halten eine Kerosin-Steuer für sinnvoll, wenn die Erlöse für Entwicklungshilfe und die Anpassung an den Klimawandel in armen Ländern verwendet werden würden. Davon geben sogar 14,2 Prozent an, dass sie diese Steuer für äußerst sinnvoll halten würden, 15,5 Prozent halten die Abgabe für sehr sinnvoll. Auch hier zeigt sich, dass die Bereitschaft, mehr Geld zu zahlen, insgesamt hoch ist, auch unabhängig vom Einkommen. Lediglich die Befragten mit einem Einkommen von zwischen 1000 und 1500 Euro befürworten die Einführung einer derartigen Steuer tendenziell weniger.

Tabelle 5:

Haushalts-einkommen	Ja, ich halte die Einführung einer Kerosin-Steuer für sinnvoll.	Nein, ich halte die Einführung einer Kerosin-Steuer für weniger oder gar nicht sinnvoll.
unter 1000 Euro	62,9 Prozent	30,6 Prozent
1000 bis 1500 Euro	53,7 Prozent	43,7 Prozent
1500 bis 2000 Euro	68,8 Prozent	30,7 Prozent
2000 bis 2500 Euro	71,2 Prozent	27,6 Prozent
über 2500 Euro	64,8 Prozent	34,1 Prozent

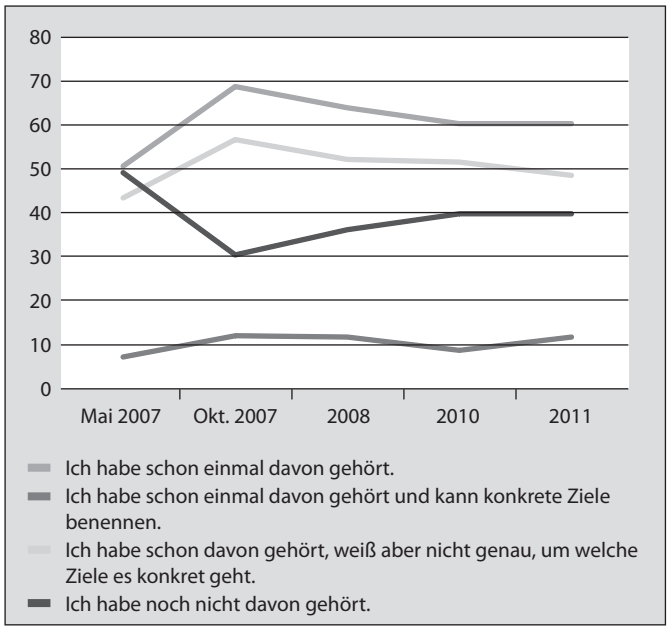
Befragungszeitraum 15. bis 16. Mai 2007, Rest: weiß nicht/keine Angabe

Mehr als 50 Prozent der Befragten wären bereit, einen Beitrag zwischen sechs und 20 Euro zusätzlich für ein Ticket zu zahlen, jeder Fünfte wäre sogar bereit, über 20 Euro mehr pro Flugticket zu zahlen.

Die Bekanntheit der Millenniumsentwicklungsziele

Die Millennium-Erklärung, aus der wenig später die acht MDG abgeleitet wurden, wurde im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedet und existiert somit seit über zehn Jahren. Bis zum Jahr 2015 sollen die Ziele in den 189 Staaten, die die Erklärung mit unterschrieben haben, umgesetzt werden. Viele der Mitgliedsorganisationen von VENRO, aber auch der Verband selbst, haben sich in den letzten Jahren aktiv dafür eingesetzt, die MDG deutschlandweit bekannt zu machen, um die Wichtigkeit der deutschen Zusagen zu verdeutlichen.

Grafik 6: »Im Jahr 2000 haben sich die Vereinten Nationen, darunter auch Deutschland, verpflichtet, bis 2015 die so genannten Millenniumsentwicklungsziele im Kampf gegen Armut umzusetzen. Haben Sie davon gehört?«



Rest: weiß nicht/keine Angabe

In nahezu allen Umfragen von 2007 bis 2011 gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, schon mal von den MDG gehört zu haben. Die Zahl derjenigen, die ein konkretes MDG benennen können, liegt allerdings bei allen Umfragen nur bei etwa 10 Prozent. Der Anteil derer, die noch nie von den MDG gehört haben, ist seit der ersten Befragung 2007 (49,1 Prozent) um zehn Prozentpunkte zurückgegangen (39,9 Prozent im Jahr 2011). Es bleibt aber auch festzuhalten, dass konstant rund vier von zehn Bürgerinnen und Bürgern noch nie von den MDG gehört haben.

Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren können auch mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen verschiedener Akteure erklärt werden. Die Steigerung der MDG-Bekanntheit von 50,7 auf 63,8 Prozent von Mai 2007 bis September 2008 könnte mit der hohen Präsenz entwicklungspolitischer Themen im Kontext des G8-Gipfels in Heiligendamm erklärt werden. Damals hatte u. a. »Deine Stimme gegen Armut« durch eine breite Medien- und Öffentlichkeitskampagne für mehr und bessere weltweite Armutsbekämpfung geworben.

Nur wenige der Befragten konnten konkrete Ziele benennen, 2011 nur etwa jeder Zehnte. Besonders in den jüngeren Generationen kennen nur wenige der Befragten die MDG.

Empfehlung: Konkrete Kampagnen für junge Menschen und in den Regionen

Gravierend sind die mangelnden Kenntnisse über die MDG vor allem bei der Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 29 Jahren: Im Jahr 2010 gaben 63,3 Prozent an, dass sie davon noch nichts gehört hätten. Die Zahlen haben sich im Vergleich zu den Vorjahren somit sogar noch verschlechtert, denn 2007 waren es 62,6 Prozent der Befragten in dieser Altersklasse. 2008 hatte sich der Wert leicht auf 55,6 Prozent verbessert.

Dieser Eindruck wird durch die Befragung von Schülerinnen und Schülern verstärkt: 2010 gab fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler an, dass sie von den Millenniumsentwicklungszielen gehört hätten, konnten aber keine konkreten Ziele benennen. Insgesamt hatten 72,3 Prozent noch nicht von den Zielen gehört (zum Vergleich: 2008 waren es 61,4 Prozent, 2007 waren es 71,9 Prozent.) Diese Ergebnisse zeigen, dass konkrete Kampagnen zu den MDG nötig sind, die sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und junge Erwachsene richten.

Bei der Aufteilung in regionale Gebiete, den so genannten Nielsen-Gebieten[6], zeigt sich, dass es sinnvoll sein könnte, die Aktivitäten in den Nielsen-Gebieten II (NRW), IIIa (Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen) und IV (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) zu verstärken. In diesen Regionen kennen ca. 43 Prozent die MDG nicht, im Vergleich zu den anderen Regionen, wo dies bei etwa einem Drittel der Befragten der Fall ist. Sinnvoll könnten zudem Kampagnen in mittleren Einzugsgebieten (zwischen 5000 und 500.000 Einwohnern und Pendlern) sein. Rund die Hälfte der Befragten in diesen Gebieten hat noch nie etwas von den MDG gehört.[7]

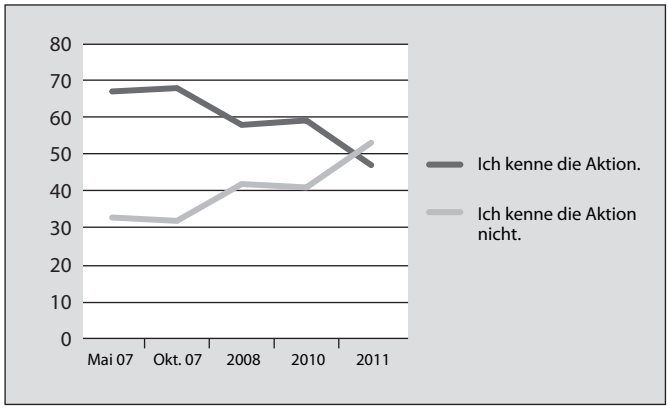
6 Die Einteilung in die derzeit sieben Gebiete wurde von der Firma ACNielsen vorgenommen. Die Unterteilung wird für Marktforschungszwecke, aber auch im Rahmen von Bevölkerungsumfragen genutzt.

7 Bei der Untersuchung der Einzugsgebiete wird die BIK-Klassifizierung herangezogen, bei welcher die Einwohnerzahl der Kernstadt sowie die Intensität der Pendleranbindung in die Klassifizierung einfließt.

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit: »Deine Stimme gegen Armut«

Seit 2005 fordert VENRO im Rahmen der Aktion »Deine Stimme gegen Armut« (DSGA) gemeinsam mit Herbert Grönemeyer und befreundeten Fachleuten aus der PR- und Medienbranche von der Bundesregierung und dem Bundestag die Einhaltung von entwicklungspolitischen Versprechen und mehr Engagement bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Dazu wirbt die Aktion mit prominenten Unterstützerinnen und Unterstützer und öffentlichkeitswirksamen Aktionen, um den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitische Themen zu erhöhen.

Grafik 7: »Die Aktion ›Deine Stimme gegen Armut‹ von entwicklungspolitischen Hilfsorganisationen und Herbert Grönemeyer setzt sich für weltweite Armutsbekämpfung ein. Kennen Sie die Aktion, haben Sie schon einmal von der Kampagne gehört?«



Rest: weiß nicht/keine Angabe

Die Umfragen von 2007 bis 2011 zeigen, dass die Kampagne eine sehr große Bekanntheit und damit Reichweite hat. Der Anteil derer, die von der Aktion gehört haben, schwankt zwischen 47 und 67,1 Prozent. Es zeigt sich aber auch, dass die Bekanntheit seit 2007 zurückgegangen ist. Den Höhepunkt der Bekanntheit erreichte die Aktion im Juni 2007 durch ihre Aktivitäten rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm: Damals kamen 80.000 Besucherinnen und Besucher zu einem Open-Air-Konzert, das zudem live in der ARD übertragen wurde. Im Herbst 2010 waren die Bekanntheitswerte nochmals leicht angestiegen, nachdem eine provokante Kampagne mit Leichenumrissen unter dem Motto »Tatort Afrika« im Vorfeld des Millennium+10-Gipfels der Vereinten Nationen für Aufmerksamkeit gesorgt hatte. In diesem Rahmen war im Sommer 2010 ein TV-Spot mit zwölf Tatort-Kommissaren auf zahlreichen Fernsehsendern zu sehen.

Bemerkenswert ist der Zusammenhang zwischen der Bekanntheit von »Deine Stimme gegen Armut« und dem Wissen über die MDG: Von denjenigen, die »Deine Stimme gegen Armut« kennen, gibt fast jeder Fünfte an, genau zu wissen, worum es bei den MDG geht. Dagegen gibt nur jeder 20. der Befragten, denen die Aktion unbekannt ist, an zu wissen, um welche Ziele es sich handelt. Es ist also davon auszugehen, dass die Kampagne zur Aufklärung über die MDG beigetragen hat.

Tabelle 6

	Ich kenne DSGA.	Ich kenne DSGA nicht.
Ich habe von den MDG gehört	64,7 Prozent	56,2 Prozent
• und weiß genau, worum es geht.	19,2 Prozent	4,8 Prozent
• weiß aber nicht genau, worum es geht.	45,5 Prozent	51,4 Prozent
Ich habe nicht davon gehört.	35,3 Prozent	43,8 Prozent
Gesamt	100 Prozent	100 Prozent

Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Empfehlung: Konkrete Kampagnen in mittleren Einzugsgebieten und bestimmten Regionen

Betrachtet man die Bekanntheit der Kampagne in den verschiedenen Regionen, ergeben sich größere Abweichungen zwischen den einzelnen Nielsen-Gebieten. Vor allem in den Nielsen-Gebieten I (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen), IIIa (Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland), Va und Vb (Berlin-West und Berlin-Ost) wäre anzuraten, die Lobbyaktivitäten für die Kampagne zu erhöhen – dort ist die Kampagne noch weniger bekannt als in den anderen Gebieten. Die Umfrage zeigt auch, dass Aktionen in mittleren Einzugsgebieten (zwischen 5000 und 500.000 Einwohnern/Pendlern) nötig sind, da die Kampagne dort weniger bekannt ist als in den großen und den kleineren Einzugsgebieten.

Zentrale Ergebnisse und Politikempfehlungen

Die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein positives Bild des entwicklungspolitischen Interesses in der deutschen Bevölkerung. Diese Ergebnisse sollten von NRO genutzt werden, die aktiv daran arbeiten, die Entwicklungspolitik in Deutschland zu stärken. Als zentrale Ergebnisse dieser Befragung können vier Punkte festgehalten werden:

Regierungen in der Verantwortung

Entwicklungspolitische Fragen und Problemstellungen stoßen auf großes Interesse in der Bevölkerung. Dabei sehen die Befragten vor allem die Regierungen der Industrieländer und die Vereinten Nationen in der Verantwortung. Die Bedeutung entwicklungspolitischer Programmatiken fließt sogar in die Wahlentscheidung ein. Diese Potentiale könnten von NRO genutzt werden, um Parteien bei der Formulierung von Wahlprogrammen stärker zu entwicklungspolitischem Engagement zu verpflichten, aber auch, um vor wichtigen Wahlentscheidungen Druck auf die Abgeordneten verschiedener Parteien auszuüben.

Hohe Bereitschaft, selbst aktiv zu werden

Viele der Befragten können sich aktives Engagement für Entwicklungspolitik vorstellen. Dies zeigt, dass auch für NRO die Möglichkeit besteht, durch aktive Werbung mehr Mitglieder zu gewinnen, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass es große Zustimmung zu konkreten Forderungen entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen gibt, selbst wenn die Maßnahmen mit finanziellen Einschränkungen verbunden wären, beispielsweise durch die Einführung einer Kerosin-Steuer oder durch höhere Preise von fair gehandelten Produkten.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit verbessern

Eine Beobachtung, die sich durch die ganze Umfrage hindurchzieht, ist, dass höher Gebildete tendenziell größeren Wert auf Entwicklungspolitik und entwicklungspolitische Zusammenhänge legen. Diese Ergebnisse, aber auch die Ergebnisse aus den Befragungen zur entwicklungspolitischen Bildung legen nahe, dass die Lehrpläne an Schulen stärker an das Themenfeld angepasst werden müssten, vor allem in den Haupt-, Real- und Berufsschulen. Grundsätzlich sollten mehr Angebote für Schülerinnen und Schüler gemacht werden, um deren Kenntnisse entwicklungspolitischer Zusammenhänge zu verbessern. (s.o.)

Kampagnen für MDG und »Deine Stimme gegen Armut«

Mit Blick auf die Bekanntheit der MDG und der Aktion »Deine Stimme gegen Armut« könnten in den nächsten Jahren Kampagnen entwickelt werden, um sowohl die Aktion als auch die Ziele bekannter zu machen. Kampagnen sollten sich vorrangig an jüngere Menschen und Schülerinnen und Schüler richten, gezieltere Aktivitäten in bestimmten Regionen und mittleren Einzugsgebieten würden dort ansetzen, wo sowohl die MDG als auch die Kampagne weniger bekannt sind.

Entwicklungspolitik im Deutschen Bundestag

Neben den repräsentativen Meinungsumfragen innerhalb der Bevölkerung wurden im Juni und Juli 2011 auch Mitglieder des Deutschen Bundestages (MdB) zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG), zu der Arbeit mit und ihren Kontakten zu entwicklungspolitischen NRO, zu VENRO und zur Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« befragt. An der Umfrage nahmen 92 Abgeordnete aus allen Fraktionen des Bundestages teil, zwei Drittel von ihnen sitzen nicht in Ausschüssen, die mit entwicklungspolitischen oder internationalen Themen befasst sind, wie zum Beispiel dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder dem Auswärtigen Ausschuss. Die unerwartet hohe Rücklaufquote verstärkt den Eindruck, dass Entwicklungspolitik insgesamt unter den Mitgliedern des Deutschen Bundestages als ein relevantes Thema erachtet wird und nicht nur für die zuständigen Abgeordneten von Bedeutung ist.

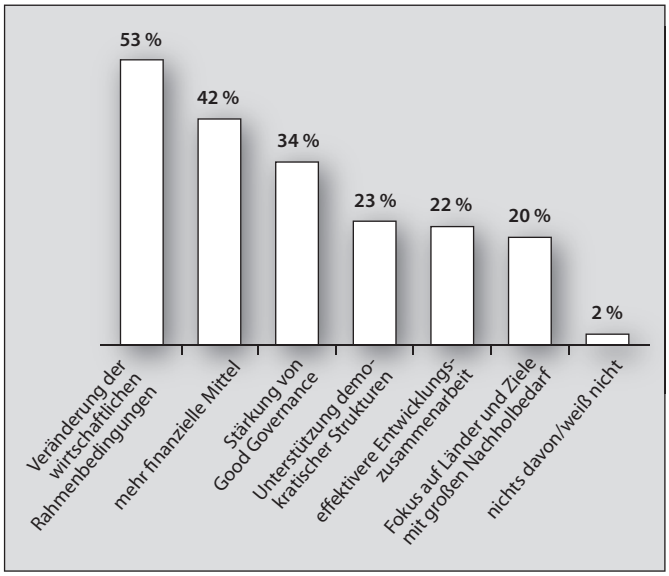
Erweiterung der Zielgruppe: Ansprache auch außerhalb der Fachausschüsse

Die MDG können nur über Anstrengungen der Regierungen der Industrieländer erreicht werden. Sie sind es, die im Rahmen der Vereinten Nationen zugesagt haben, diese Ziele auch zu erreichen. Durch die Aufteilung des Deutschen Bundestags in Fachausschüsse sind es naturgemäß die mit auswärtigen Fragen befassten Ausschüsse, die häufiger mit den MDG in Berührung kommen. Gezieltere Kampagnen, die sich an die MdB richten, welche nicht in den zuständigen Fachausschüssen sitzen, könnten daher sinnvoll sein. Denn diese Abgeordneten sind tendenziell auch weniger mit den MDG vertraut: 15 Prozent von ihnen geben sogar an, gar nicht mit ihnen vertraut zu sein. Gerade mit Blick auf den dringenden Handlungsbedarf für die Erreichung der MDG sollten NRO daher weiterhin Aufklärungs- und Lobbyarbeit leisten, um den Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern über die Fachebene hinaus auszuweiten, insbesondere vor wichtigen Entscheidungen.

Letztendlich ist zu erwarten, dass gezieltere Kampagnen und ein Appell an die Verantwortung der Abgeordneten bei diesem entwicklungspolitisch wichtigen Thema auf Interesse stoßen werden. Denn drei Viertel der befragten Mitglieder des Deutschen Bundestages stimmen zu, dass Deutschland mehr für die Erreichung der MDG tun sollte. Nur 22 Prozent geben an, dass Deutschland sich ausreichend für die Erreichung der MDG engagiere. Hier sollten NRO an die Verantwortung des Deutschen Bundestages, insbesondere bei der Ausübung des Haushaltsrechts, appellieren und die Abgeordneten stärker in die Verantwortung nehmen. Mehr Aufklärungsarbeit mit Blick auf die MDG spielt hierbei eine wichtige Rolle. Denn vor allem die Abgeordneten, die angeben, mit den MDG vertraut zu sein, sind der Meinung, dass Deutschland mehr für ihre Erreichung tun sollte. Von denen, die angeben, weniger bis gar nicht mit den MDG vertraut zu sein, sind nur 50 Prozent der Meinung, dass Deutschland mehr tun sollte.

Auf die Frage nach den Themenbereichen, in denen sich Deutschland stärker engagieren sollte, wurden folgende Themen genannt (Mehrfachnennungen waren möglich):

Grafik 8

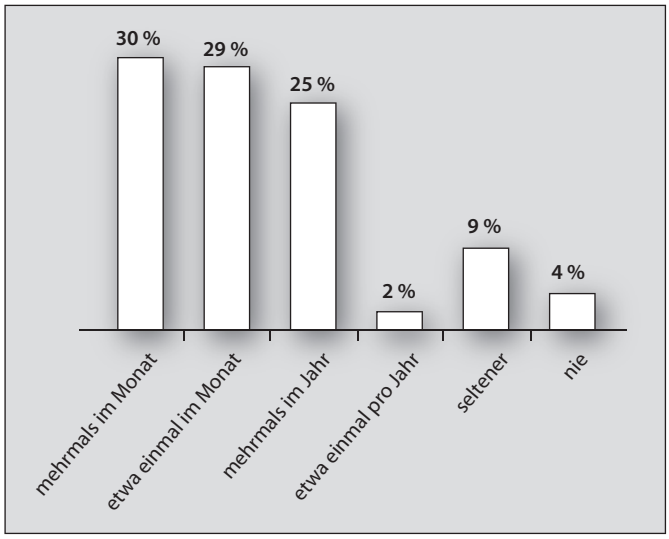


Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Entwicklungspolitik im Wahlkreis – Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern

Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern spielen in der täglichen Arbeit von Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine wichtige Rolle. Entwicklungspolitik ist dabei als Thema nicht ständig präsent. Trotzdem gibt es in Kommunen wichtige Schnittstellen zu entwicklungspolitischen Fragen, beispielsweise beim kommunalen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und Städtepartnerschaftsbeziehungen zu Ländern im globalen Süden. In der Umfrage wurde die Bedeutung entwicklungspolitischer Themen im Rahmen dieser Bürgerkontakte abgefragt.

Grafik 9: »Wie häufig haben Sie Kontakt mit Bürgern zu entwicklungspolitischen Themen, z. B. durch diesbezügliche Besuche, Anrufe, Anfragen, Briefe?



Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Über die Hälfte der Befragten kommt mindestens einmal im Monat mit entwicklungspolitischen Themen in Berührung. Insgesamt sind es aber auch rund 15 Prozent, die nur etwa einmal im Jahr, seltener oder sogar nie mit Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema in Kontakt kommen. 41 Prozent der Befragten wünschen sich jedoch mehr Kontakt zu diesem Politikfeld: Sie geben an, dass ihr Bürgerkontakt zu entwicklungspolitischen Themen zu selten sei. Dies gilt gleichermaßen für Mitglieder der Fachausschüsse als auch für solche, die nicht in den zuständigen Ausschüssen sitzen. Das verstärkt den Eindruck, dass Entwicklungspolitik als lokales Thema noch nicht breit genug in der Bevölkerung verankert ist. Entwicklungspolitische NRO könnten daher gezielter auf lokaler Ebene tätig werden und Veranstaltungen zu entwicklungspolitischen Themen anbieten. Dies würde entwicklungspolitisch Interessierten in den Kommunen zugute kommen, aber auch Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bieten, ihr Engagement auszubauen. Die große Bereitschaft, entwicklungspolitisch aktiv zu werden, ist durch die Bevölkerungsumfrage bereits deutlich geworden (siehe Kapitel 2). Andererseits könnten gezieltere Informationskampagnen auch die Arbeit der MdB vor Ort unterstützen. Solche Formen der Zusammenarbeit mit NRO werden von den Abgeordneten auch explizit gewünscht.

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen erwünscht

Das Interesse an einer konkreten Zusammenarbeit mit NRO ist innerhalb des Kreises der Befragten sehr hoch. Ein Viertel der Befragten wünscht sich sogar mehr Kontakt zu entwicklungspolitischen NRO. 68 Prozent geben an, dass die derzeitige Häufigkeit an Kontakten genau richtig wäre, während 7 Prozent sich weniger Kontakt wünschen. Diese Zahlen werden dadurch verstärkt, dass insgesamt 71 Prozent der Befragten die Aktivitäten und Kontakte zu NRO als wichtig oder sehr wichtig für ihre Arbeit halten. Die Befragten wünschen sich vor allem in den folgenden Themenfeldern eine verstärkte Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen NRO:

Tabelle 7

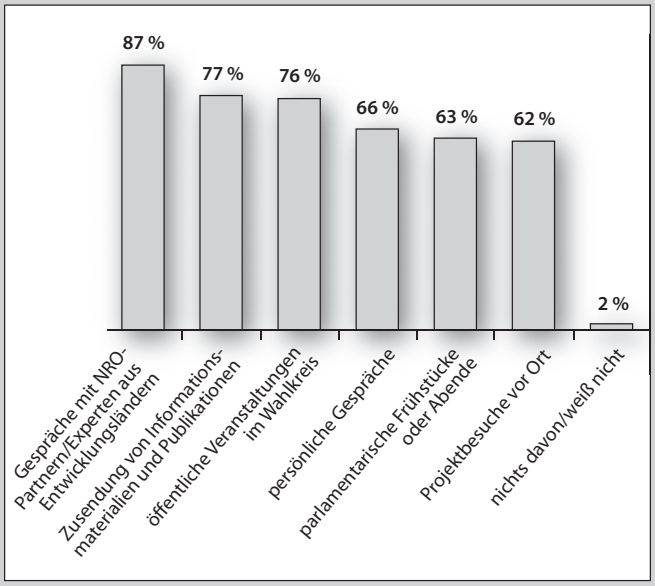
Ziel	Häufigkeit (Mehrfachnennungen möglich)
effektive und partnerschaftliche Unterstützung bei Aufbau und Entwicklung allgemein	26 Prozent
gerechte Wirtschaftsbeziehungen	21 Prozent
Umweltschutz/Klimawandel	17 Prozent
gesicherte Trinkwasser- und Nahrungsmittelversorgung	17 Prozent
Zugang zu medizinischer Versorgung/gesundheitlicher Aufklärung/Präventionsmaßnahmen	16 Prozent
Finanzierungshilfen/Mikrokredite	16 Prozent
Zugang zu Bildung	15 Prozent
Good Governance/Verhindern von Failed States	13 Prozent
Förderung von Unabhängigkeit/Souveränität in Entwicklungsländern	5 Prozent
gerechterer Umgang mit Rohstoffen	4 Prozent
Unternehmensverantwortung	4 Prozent
Umsetzung der MDG	3 Prozent
Menschenrechte	3 Prozent
Migration/Flüchtlingsproblematik	3 Prozent
Information/Öffentlichkeitsarbeit	3 Prozent

Häufigkeit der Kontakte und Ansprache

Für die Erarbeitung konkreterer Lobby- und Informationskampagnen können nach Auswertung der Kontakte zwischen entwicklungspolitischen NRO und den MdB einige Empfehlungen ausgesprochen werden. Bei der Auswertung der Häufigkeit der Kontaktaufnahme durch entwicklungspolitische NRO gibt ein Viertel der Befragten, die nicht in den Fachausschüssen sitzen, an, dass sie sich mehr Kontakt wünschen. Von den Befragten aus den Fachausschüssen wünschen sich 19 Prozent mehr Kontakt zu NRO, 78 Prozent geben aber auch an, »genau diese Intensität von Kontakten« zu wünschen.

Die Abgeordneten wurden zudem gefragt, welche Art der Kontaktaufnahme sie sich wünschen und wie entwicklungspolitische Organisationen ihre Arbeit unterstützen könnten. Insgesamt geben 90 Prozent an, dass sie sich Gespräche mit ausländischen Partnern und Experten aus Entwicklungsländern wünschten. Drei Viertel geben an, dass persönliche Gespräche und Unterstützung bei öffentlichen Veranstaltungen im Wahlkreis ihre politische Arbeit unterstützen könnte. Seltener genannt werden Projektbesuche vor Ort und parlamentarische Aktivitäten. Diese Formen der Kontaktaufnahme werden aber trotz allem von über 60 Prozent der Befragten als hilfreich bewertet:

Grafik 10: Wenn Sie an die für Sie im Vordergrund stehenden Themen denken, in welcher Form wünschen Sie sich dabei Kontakte mit oder ggf. Unterstützung durch entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen?



Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Thematisch vielfältig: Die Wahrnehmung von VENRO

Besonders deutlich wurde in der Umfrage, dass VENRO als Verband nicht nur mit einem Thema assoziiert, sondern insgesamt als Organisation wahrgenommen wird, die thematisch breit agiert.

Die Heterogenität der Wahrnehmung hat sicherlich etwas damit zu tun, dass VENRO als Dachverband verschiedener NRO mit unterschiedlichen Themen assoziiert wird. Die breite Wahrnehmung zeigt, dass VENRO erfolgreich darin ist, für die unterschiedlichen Themenfelder auf parlamentarischer Ebene zu werben und diese auch unter den MdB bekannt zu machen. Wenn für konkrete Positionen vor politischen Entscheidungen geworben werden soll, kann es aber durchaus Sinn machen, zeitweise den Fokus stärker auf ein bestimmtes Thema zu legen. Durch eine stärkere Fokussierung könnte für ein Thema auf verschiedenen Ebenen geworben werden, beispielsweise durch die Verteilung von Publikationen, die persönliche Ansprache, aber auch durch konkrete Kampagnen im Wahlkreis.

Tabelle 8: Wenn Sie an VENRO denken, bei welchen Themen ist Ihnen der Verband besonders aufgefallen?

Themen	Häufigkeit (Mehrfachnennungen möglich)
Entwicklungspolitik allgemein	18 Prozent
Millenniumsentwicklungsziele	15 Prozent
Afghanistan	15 Prozent
Finanzierungshilfen	9 Prozent
Armutsbekämpfung	9 Prozent
Ernährung, Zugang zu Wasser	8 Prozent
Gesundheitsthemen	8 Prozent
Bildung	5 Prozent
Kampagnen allgemein, Pressemitteilungen von VENRO	3 Prozent
Afrikakonzept	2 Prozent
Umwelt, Klimaschutz	1 Prozent
Unternehmensverantwortung	1 Prozent
sonstiges	13 Prozent
nichts aufgefallen	39 Prozent

Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Hilfreiche Formen der Kontaktaufnahme

Rund ein Viertel der Befragten geben an, nicht in Kontakt mit VENRO gekommen zu sein. Die restlichen Befragten sind auf verschiedene Arten mit VENRO in Berührung gekommen. Am häufigsten ist der Austausch in schriftlicher Form. Zwei Drittel der Befragten geben an, durch die Lektüre der Publikationen mit VENRO in Kontakt gekommen zu sein, immerhin 57 Prozent wurden über Presse- und Medienveröffentlichungen auf VENRO aufmerksam, 52 Prozent haben Briefe und schriftliche Stellungnahmen erhalten. Mindestens zwei von drei Befragten geben an, dass diese Kontakte für sie hilfreich bzw. sehr hilfreich gewesen seien.

Die direkte Ansprache, beispielsweise durch persönliche Gespräche oder durch die Teilnahme der MdB an Veranstaltungen von VENRO, wurde von den Befragten allerdings als nützlicher bewertet. Von den 82 Prozent, die das persönliche Gespräch als mindestens hilfreich einschätzten, geben sogar 41 Prozent an, dass dieses für sie sehr hilfreich gewesen sei. Diese Ergebnisse legen nahe, dass es bei gezielten Anliegen sinnvoller sein kann, eher auf die persönliche Ansprache statt auf die Verbreitung von Publikationen zu setzen:

Tabelle 9

Art des Kontakts	genannt von	(sehr) hilfreich
Lektüre von VENRO-Publikationen	65 Prozent	72 Prozent
Presse-/Medienveröffentlichungen über die VENRO-Arbeit	57 Prozent	/
Brief bzw. schriftliche Stellungnahme erhalten	52 Prozent	67 Prozent
Teilnahme an VENRO-Veranstaltungen	39 Prozent	**83 Prozent**
persönliches Gespräch	24 Prozent	**82 Prozent**

Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Sehr bekannt: Die Kampagne »Deine Stimme gegen Armut«

Die Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« ist bei 78 Prozent der Befragten bekannt, wohingegen 21 Prozent noch nichts von der Kampagne gehört haben. Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den Abgeordneten, die in zuständigen Fachausschüssen sitzen, und denen, bei denen dies nicht der Fall ist. 88 Prozent der Befragten aus den zuständigen Ausschüssen kennen die Kampagne. Bei denen, die nicht im Fachausschuss sitzen, geben nur 73 Prozent an, die Kampagne zu kennen. Vor allem ist aber deutlich geworden, dass vielen der Befragten, die angeben, die Kampagne zu kennen, nichts Konkretes von der Kampagne in Erinnerung geblieben ist. Als Aktivitäten der Kampagne, welche den Befragten in Erinnerung geblieben sind, werden folgende besonders häufig genannt:

Tabelle 10

Thema	Häufigkeit der Nennung
Forderungen an Politik und Wirtschaft	18 Prozent
Unterschriftensammlung/Mitmachaktionen	13 Prozent
gedruckte Werbung (Plakate, Flyer, Anzeigen)	13 Prozent
Unterstützung von Künstlern/Prominenten	11 Prozent
Großveranstaltungen/Konzerte	10 Prozent
Internetauftritt mit Abstimmungsmöglichkeit	10 Prozent
Bekämpfung der Armut	10 Prozent

Befragungszeitraum 27. Juni bis 22. Juli 2011

Zentrale Ergebnisse und Politikempfehlungen

Die Ergebnisse der Umfrage über die Bedeutung entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen zeigen insgesamt, dass sich NRO ein hohes Renommee auf parlamentarischer Ebene erarbeitet haben und von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages als wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner in der täglichen Arbeit wahrgenommen werden. Als zentrale Ergebnisse können folgende Punkte festgehalten werden:

Kreis der Adressatinnen und Adressaten erweitern

Das Interesse an Kontakt zu entwicklungspolitischen NRO ist grundsätzlich sehr groß und sollte von den NRO in ihrer täglichen politischen Arbeit genutzt werden. Informations- und Lobbykampagnen sollten sich nicht nur an den Kreis der zuständigen Abgeordneten richten, sondern auch an die MdB, die in anderen Ausschüssen sitzen. Gerade die Abgeordneten, die nicht in den zuständigen Ausschüssen sitzen, wünschen sich mehr Kontakt zu entwicklungspolitischen NRO. Diese Bereitschaft, sich mit fachfremden Themen zu beschäftigen, sollte stärker genutzt werden, insbesondere auch, um die Bekanntheit der Kampagne »Deine Stimme gegen Armut« und deren Inhalte sowie die MDG-Kenntnisse insgesamt zu verbessern.

Gezielte Ansprache

Der direkte Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern entwicklungspolitischer NRO wird häufig als noch hilfreicher erachtet als eine indirekte Ansprache in Form von Publikationen. Dies sollte vor allem dann genutzt werden, wenn wichtige entwicklungspolitische Entscheidungen im Parlament anstehen. Speziell VENRO wird bei den MdB mit sehr vielen Themen in Verbindung gebracht. Hier könnte langfristig überlegt werden, ob die Fokussierung auf weniger Themen und konkretere Anliegen für die Einbringung von Forderungen ins Parlament sinnvoller wäre.

Arbeit über die parlamentarische Ebene hinaus

Deutlich geworden ist auch, dass die Bereitschaft, konkret für Entwicklungspolitik aktiv zu werden, bei den Abgeordneten sehr groß ist. Dass sich viele der MdB konkrete Unterstützung im Wahlkreis, aber auch Kontakt zu Akteuren aus Entwicklungsländern wünschen, zeigt auch, dass hier der Wunsch besteht, Entwicklungspolitik nicht nur als komplexes Thema auf parlamentarischer Ebene zu bearbeiten, sondern in konkretes Handeln umzusetzen und dazu mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten. NRO könnten hier konkrete Initiativen oder Kampagnen mit ihrem Fachwissen begleiten und unterstützen.

MdB in die Pflicht nehmen

Letztendlich sollten sich NRO nicht scheuen, die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Arbeit konkreter in die Pflicht zu nehmen. Dass 75 Prozent der befragten MdB angeben, Deutschland sollte mehr für die Erreichung der MDG tun, ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Insbesondere mit Blick auf das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages zeigt dies aber auch, dass Abgeordnete gerade bezüglich der Einhaltung der Zusagen für Entwicklungshilfe stärker in die Verantwortung genommen werden sollten.

Das VENRO-Projekt ›Perspektive 2015‹

Um zur Umsetzung der international vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) beizutragen, führt der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) seit 2001 das Projekt ›Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung‹ durch. Das Projekt zielt darauf ab, den in den MDG festgelegten internationalen Konsens durch zivilgesellschaftliche Beiträge zu verbreiten, politisch zu stärken und im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren weiterzuentwickeln.

Das Projekt besteht im Wesentlichen aus den folgenden Komponenten:

1) Der monatlich erscheinende Newsletter ›2015 aktuell‹ berichtet in knapper Form über Neuigkeiten in der internationalen Debatte rund um die MDG und über Aktivitäten seitens der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu dem Thema. Der Newsletter kann über die Projekt-Webseite abonniert werden.

2) Unter dem Titel ›2015 in der Praxis‹ werden in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Düsseldorf Länderprofile bereitgestellt, die über die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Armutsbekämpfung in Ländern des Südens informieren.

3) Die Publikations- und Veranstaltungsreihe ›2015 im Gespräch‹ diskutiert grundsätzliche sowie aktuelle Themen, die für die fristgerechte Verwirklichung der MDG von Interesse sind. Die bisherigen Titel der Reihe lauten:

- Nr. 1: ›Armut bekämpfen – Gerechtigkeit schaffen‹
- Nr. 2: ›Entwicklung braucht Finanzierung‹
- Nr. 3: ›Globale Armut – Europas Verantwortung‹
- Nr. 4: ›PRSP – Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlicher Beteiligung‹
- Nr. 5: ›Handel – Ein Motor für die Armutsbekämpfung?‹
- Nr. 6: ›Armutsbekämpfung und Krisenprävention‹
- Nr. 7: ›Wie kommen die Armen zu ihren Rechten? Armutsbekämpfung und Menschenrechte‹
- Nr. 8: ›Verdoppelung der Hilfe – Halbierung der Armut. Die Internationale Finanzfazilität – Neue Zauberformel der Entwicklungsfinanzierung?‹
- Nr. 9: ›Die Millenniumsziele in Reichweite? Eine Bewertung des entwicklungspolitischen Ertrags des Entscheidungsjahrs 2005‹
- Nr. 10: ›Welche Konditionalitäten braucht die Entwicklungszusammenarbeit?‹
- Nr. 11: ›Ausländische Direktinvestitionen – Königsweg für die Entwicklung des Südens?‹
- Nr. 12: ›Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation – passt das zusammen?‹
- Nr. 13: ›Die zweite Weltkonferenz für Entwicklungsfinanzierung in Doha‹
- Nr. 14: ›Menschenwürdige Arbeit als Beitrag zur Armutsbekämpfung‹
- Nr. 15: ›Zehn Jahre strategische Armutsbekämpfung – Zwischenbilanz und Perspektiven‹
- Nr. 16: ›Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft – Zwischen Konfrontation und Kooperation‹
- Nr. 17: ›Die Millenniumsentwicklungsziele 2010: Erfolge und Handlungsbedarf‹
- Nr. 18: ›Entwicklungsfinanzierung: alte Versprechen und neue Wege‹
- Nr. 19: ›Auf dem Weg nach Busan: Der internationale Dialog zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit‹

4) Unter dem Titel ›2015 auf dem Campus‹ findet zweimal im Jahr eine Veranstaltung zu den Projektthemen in Kooperation mit wechselnden Hochschulen statt. Außerdem wurden drei Studien auf der Grundlage von Studienabschlussarbeiten veröffentlicht:

- Nr. 1: ›Rücküberweisungen von ArbeitsmigrantInnen als Ausweg aus der Armut? – Eine Studie am Fallbeispiel des indischen Bundesstaats Kerala‹
- Nr. 2: ›Exportförderzonen als Entwicklungsmotor? Erfahrungen aus der Bekleidungsindustrie in Choloma, Honduras‹
- Nr. 3: ›Bildung als Schlüssel der Armutsreduzierung? Bildungspolitische Maßnahmen im Rahmen der Poverty Reduction Strategies in Ghana und Sambia‹

Alle erschienenen Publikationen können auf der Website ›www.2015.venro.org‹ herunter geladen werden sowie kostenlos in gedruckter Form bestellt werden. Nr. 2–7 der Reihe ›2015 im Gespräch‹ sind auch in einer englischen Übersetzung erhältlich.

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert. Es ist in Berlin angesiedelt und wird durch Claus Körting (Projektleiter) und Merle Bilinski (Projektreferentin) betreut.

Adresse:
VENRO Büro-Berlin
Projekt ›Perspektive 2015‹
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 28 04 66-70/-71
Fax: 030 / 28 04 66-72
E-Mail: berlin@venro.org
Internet: www.2015.venro.org

VENRO-Mitglieder (Stand: Oktober 2011)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland*
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International

- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung

- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland

- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge*
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm

- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

- FIAN-Deutschland
- Futuro Sí

- Gemeinschaft Sant´Egidio
- German Toilet Organisation (GTO)
- Germanwatch

- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica

- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)

- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika

- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke

- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*

- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
- NETZ Bangladesch

- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland

- Ora International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland

- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland

- Rhein-Donau-Stiftung*

- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany

- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair

- UNO-Flüchtlingshilfe

- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung

- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 120 Mitglieder

* Gastmitglied

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28 / 9 46 77-0
Fax: 02 28 / 9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

VENRO Projektbüro Berlin
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 28 04 66-70
Fax: 030 / 28 04 66-72

E-Mail: berlin@venro.org
Internet: www.2015.venro.org

Mit finanzieller Unterstützung des
Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Autorin: Melanie Müller
Redaktion (verantwortlich): Claus Körting
Mitarbeit: Silja Emmel
Endredaktion: Kirsten Prestin

Foto: Jörg Farys, Die Projektoren
*»Deine Stimme gegen Armut« hat am 21. September 20.852 Unterschriften an Entwicklungspolitiker aus allen Fraktionen des Bundestags übergeben.
Von links nach rechts: Jürgen Klimke (CDU/CSU), Heike Hänsel (Die Linke), Dr. Sascha Raabe (SPD), Sabine Weiss (CDU/CSU), Harald Leibrecht (FDP), Thilo Hoppe (Bündnis 90/ Die Grünen), Ute Koczy (Bündnis 90/Die Grünen), Heike Spielmans (Verband Entwicklungspolitik VENRO), Dr. Bärbel Kofler (SPD).*

Satz & Layout: Petra Strauch
Druck: Druckerei Engelhardt, Neunkirchen

Auflage: 1000 Stück

Bonn und Berlin, November 2011

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO
- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org